Für ein starkes und weltoffenes Land und ein lebenswertes Grone

Die SPD war der Reform-Motor dieser Regierung. In der Großen Koalition haben wir seit 2013 wichtige Projekte durchgesetzt, die den Alltag vieler Menschen konkret verbessern:

- Die Einführung eines flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohnes war eine der Bedingungen für unseren Eintritt in die Große Koalition im Herbst 2013 und bedeutete für Millionen Menschen die größte Kaufkraft-Steigerung ihres Lebens.
- 2. Menschen, die ein Leben lang hart gearbeitet haben, können früher in Rente gehen.
- 3. Wir haben eine Pflegereform gemacht, die die Pflegeleistungen verbessert.
- Wir haben die gesetzliche Frauenquote eingeführt und mehr Lohngerechtigkeit von Frauen und Männern erkämpft.
- Wir haben massiv Mittel bereitgestellt für Kitas und Bildung. Der Bund hat das BAföG übernommen und darf zukünftig auch die Schulen in finanzschwachen Kommunen unterstützen, da wir das Kooperationsverbot im Grundgesetz aufgehoben haben.
- 6. Wir haben eine Mietpreisbremse für Ballungszentren eingeführt. Außerdem gilt für den Makler das Bestellerprinzip: Wer ihn beauftragt, muss ihn auch bezahlen.
- 7. Die Kommunen bekommen 5 Milliarden € pro Jahr zusätzlich.
- Wir haben mit dem Bundesteilhabegesetz die Situation von Menschen mit Behinderung verbessert.
- 9. Bei Leiharbeit und Werkverträgen haben wir Lohndumping einen Riegel vorgeschoben.
- Mit dem Integrationsgesetz und dem Grundsatz "Fördern und Fordern" haben wir erstmals verbindliche Regeln für die Integration in Deutschland geschaffen.
- 11. Wir haben durchgesetzt, dass soziale Netzwerke wie Facebook gegen Hass und Hetze vorgehen müssen.
- 12. In der letzten Sitzungswoche haben wir auch endlich die Öffnung der Ehe für alle durchgesetzt. Die Konservativen in CDU und CSU haben sich lange gegen die völlige Gleichstellung von homound heterosexuellen Paaren gestemmt, die in einer weltoffenen, toleranten, vielfältigen Gesellschaft selbstverständlich ist.

Was die SPD von CDU/CSU unterscheidet

Es bleibt aber noch viel zu tun. Viele Menschen spüren: Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit in diesem Land. Während Angela Merkel am liebsten im Schlafwagen wieder ins Kanzleramt fahren möchte, geben wir klare Antworten. Mit unserem Programm, das wir am 25. Juni auf dem Parteitag in Dortmund verabschiedet haben, sind die Alternativen deutlich:

Wer SPD wählt, bekommt 48 % Rente und kann mit spätestens 67 in Ruhestand gehen. Wer Union wählt, bekommt 43 % Rente und muss bis 70 arbeiten.

Wer SPD wählt, bekommt Investitionen in Schulen, Ganztagsbetreuung und ein schnelles Internet. Wer die Union wählt, bekommt einen Infrastrukturminister, der in 4 Jahren den Breitbandausbau nicht hinbekommen hat, und eine Bildungsministerin, die dagegen kämpft, dass der Bund in Schulen investiert.

Wer SPD wählt, bekommt eine gerecht finanzierte Krankenversicherung und wird bei den Krankenversicherungsbeiträgen im Jahr im Durchschnitt um mindestens 200 € entlastet. Wer CDU wählt, sorgt dafür, dass Arbeitnehmer die steigenden Lasten alleine tragen und die Arbeitgeber sich aus der Verantwortung stehlen.

Wer SPD wählt, bekommt eine gezielte Entlastung mittlerer und kleiner Einkommen. Wer die Union wählt, bekommt wolkige Versprechungen und am Ende Steuersenkungen für Reiche und Großverdiener.

In den vergangenen Monaten wurden die ideologischen Grenzen von CDU und CSU offenkundig. Angela Merkel und Horst Seehofer sagten Nein zur Solidarrente für jene, die ein Leben lang fleißig gearbeitet haben. Sie sagten Nein zu einem Rechtsanspruch für eine Rückkehr von Teilzeitarbeit auf eine Vollzeitstelle. Damit bleiben weiter viele Frauen in der Teilzeitfalle hängen. Angela Merkel und Horst Seehofer sagten Nein zu einem besseren Schutz für Mieter. Sie sagten Nein zu schärferen Regeln gegen exzessive Managergehälter.

Deshalb werden wir in den kommenden Wochen für eine andere Mehrheit und mehr Gerechtigkeit kämpfen.

Meine Erfolge für die Region:

- 10 Mio. Euro für das Forum Wissen in der alten Zoologie
- 10 Mio. Euro für das Museum Friedland
- 4,5 Mio. Euro für das KuQua-Galeriegebäude
- 3,32 Mio. Euro für die Schwimmhalle Duderstadt
- 1.75 Mio. Euro für die Johanniskirche
- Nächste Wahlperiode: Schloss in Herzberg und Rathaus in Münden